

# WHO führt einen neuen Grenzwert-Angriff auf den Diesel

geschrieben von Admin | 26. September 2021

**Die Weltgesundheitsorganisation WHO empfiehlt neue Grenzwerte für NO2 und Feinstaub. Diese sind zwar wie andere Grenzwerte nicht begründet, werden aber zum Anlass für Fahrverbote genommen.**

von Holger Douglas

Die Luft in den meisten Innenstädten ist sauber. Obwohl sich in den vergangenen 40 Jahren die Zahl der Autos vervielfacht hat, gehen die Messwerte für zum Beispiel Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) beständig zurück. Doch heute gibt die Weltgesundheitsorganisation WHO neue Leitlinien zur Luftqualität heraus. Die sehen was vor? Neue Grenzwerte, die nur eine Richtung kennen: nach unten.

Beispiel: Stickstoffdioxid, das bei den Sperrungen der Innenstädte für Dieselfahrzeuge die Rolle des Hauptzeugen spielte. Hiervon sei zu viel in der Luft, behaupten viele Grüne. Alarmwissenschaftler rechnen Tausende von vorzeitigen Toten aus; es würden noch zu viele Menschen aufgrund zu hoher NO<sub>2</sub>-Mengen in der Luft sterben – zumindest sieht es in Rechenmodellen von Panikmodellierern so aus. Im Großraum Stuttgart hat gar der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann ein Dieselfahrverbot bis hinauf in die dörflichen Vororte auf den Fildern verhängt. Begründen kann er das natürlich nicht, es ist ein reiner Willkürakt.

Zur Erinnerung: Bereits der derzeit geltende Grenzwert von 40 µg/Kubikmeter Luft im Freien war rein aus der Luft gegriffen, die WHO legte ihn nach Laune fest. Zum Vergleich: Der Grenzwert für NO<sub>2</sub> liegt am Arbeitsplatz bei 950 µg/Kubikmeter, in der Schweiz sogar bei 6000.

In den USA liegt er mit 100µg/Kubikmeter mehr als doppelt so hoch wie die WHO-Empfehlung. Kein Wunder: Die USA halten die Empfehlungen der von privaten Stiftungen wie der Bill & Melinda Gates Stiftung sowie der Impfallianz Gavi finanzierten WHO für unseriös.

Doch mit diesen neuen Grenzwertempfehlungen könnten plötzlich die meisten Städte wieder als gefährliche Todeszonen für Menschen deklariert werden. Doch nur Autos zu verbieten, würde nicht mehr ausreichen. NO<sub>2</sub> entsteht bei jeder Verbrennung, Heizungen zum Beispiel stoßen viel mehr aus, ebenso Industrieanlagen.

Der Witz: Der von der WHO empfohlene Grenzwert von 10 µg/Kubikmeter Luft ist so niedrig, dass er im Grundrauschen verschwindet. Als

durchschnittlich gelten zwischen 10 und 30 µg/Kubikmeter, bei Gewitter steigt der NO<sub>2</sub>-Wert gern an. Nach dem nächsten Regen oder ein paar Stunden später verschwindet er wieder.

Eine Kerze erzeugt nach einer Brenndauer von einer Stunde in einem Zimmer eine NO<sub>2</sub>-Konzentration von 100 µg/Kubikmeter. Am Gasherd beim Kochen entsteht eine Spitzenbelastung von bis zu 4000 µg/Kubikmeter. Geschlossen werden müsste der Dom zu Köln. Vor zehn Jahren gab es dort noch eine NO<sub>2</sub>-Belastung von 200 µg/Kubikmeter Luft – erzeugt von den Opferkerzen. Nun ist nichts von zahlreichen Todesfällen im Zusammenhang mit Besuchen des Kölner Doms bekannt. Das ist das alte Lieblingsspiel von Linken und Grünen: Anderen vorschreiben zu wollen, was sie tun und nicht tun dürfen. Zur Begründung nimmt man gern einen Wert, der wissenschaftlich begründet klingt, und sei er noch so unsinnig.

Mit diesen neuen Grenzwerten soll die Grundlage dafür geschaffen werden, dem Auto und der individuellen Mobilität endgültig verbieten zu können. Es ist ja nur zu unser aller besten, für eine gute Luftqualität. Dass daran kein Wort stimmt, interessiert schon niemanden mehr.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

---

## Neue Broschüre – Die Treibhaushypothese: Alles Schall und Rauch?

geschrieben von Admin | 26. September 2021

### **Eine Kritik auf der Basis exakter Naturwissenschaft**

Im Buch werden die verschiedenen Postulate und Hypothesen beschrieben, die zur aktuellen Treibhaushypothese zusammen gemischt wurden.

Für jede einzelne darin verwendete Größe, bspw. der globalen Mitteltemperatur, wie auch ihrem Ableger der „Temperaturanomalie“ welche zum 2 ° Grad Ziel der Pariser Klimaübereinkunft vom Dezember 2015 geführt hat, wird anhand eingängiger Beispiele gezeigt, dass sie in so gut wie jedem Fall auf Annahmen beruhen, die ihrerseits Schätzungen sind, deren Grundlage vermutet wird.

Messdaten, die allein die Klimaentwicklung der Vergangenheit präzise genug hätten beschreiben können, liegen nunmal nur in zu geringem Umfang vor. Daher behilft man sich in Bezug auf die Klimavergangenheit mit groben Näherungen, behauptet aber man könne Computermodelle bauen,

welche auch die Klima-Zukunft auf 1/10 Grad C genau vorhersagen könnten. Wegen der inzwischen über 30 jährigen Geschichte dieser Klimamodelle kann gezeigt werden, dass sie nicht mal in der Lage sind auch nur die bekannte grobe Klimavergangenheit zu rekonstruieren, noch die inzwischen überprüfbar eingetretenen Klimazukunft.

Sie sind schlicht für diesen Zweck unbrauchbar. Und das auch aus methodischen Gründen, weil bspw. die sattem bekannte auf J.F. Gauss zurückgehende Fehlerrechnung bei den Klimaforschern des IPCC unbekannt zu sein scheint. Sie wenden sie jedenfalls nicht an.

Überdies wird gezeigt, dass die Strahlungsgesetze nach Planck und Stefan-Boltzmann methodisch falsch angewendet werden, was ebenfalls zu gewaltigen Abweichungen zur beobachtbaren Realität führt. Dies wird am Beispiel des inzwischen gründlich vermessenen Mondes dargelegt.

Da jedoch aus diesen fehlerhaften Annahmen und Berechnungen gewaltige, jeden Einzelnen aufs Schwerste einwirkende Maßnahmen politisch begründet und umgesetzt werden (große Transformation) wird im Schlussteil (IV) auf ebendiese eingegangen.

Das Buch ist erschienen unter den folgenden ISBN Nummern

ISBN 978-3-347-37104-0 (Paperback)

ISBN 978-3-347-37105-7 (Hardcover)

ISBN 978-3-347-37106-4 (e-book)

Es kann vom tvr-Medien Verlag hier bezogen, oder z.B. bei Amazon hier und hier als E-Buch

---

## **Die Stromkrise ist da. Und der Winter kommt**

geschrieben von Admin | 26. September 2021

von Stefan Frank

Was auf *Achgut* und EIKE seit Jahren von Rüdiger Stobbe und anderen in zahllosen fachkundigen Beiträgen angekündigt wurde, ist nun eingetroffen: Das Europa der Energiewender hat eine krisenhafte Stromknappheit. Erste Fabriken stellen mangels Strom den Betrieb ein, Bürger demonstrieren gegen explodierende Strompreise, großflächige Stromausfälle drohen. Die amerikanische Nachrichtenagentur Bloomberg

resümiert die allgemeine Lage:

*„Europa bereitet sich auf einen harten Winter vor. Eine seit Jahren heraufbeschworene Energiekrise zwingt den Kontinent dazu, sich auf die Launen des Wetters verlassen zu müssen. Angesichts steigender Gas- und Strompreise müssen Länder von Großbritannien bis Deutschland auf milde Temperaturen hoffen, um die Heizsaison zu überstehen. Europa fehlt es an Gas und Kohle, und wenn der Wind nicht weht, könnte das schlimmste Szenario eintreten: weit verbreitete Stromausfälle, die Unternehmen und Fabriken zur Schließung zwingen.“*

Die Wiener Tageszeitung *Die Presse* berichtet unter der Überschrift „Europa im Strompreisschock“:

*„Dieser Winter wird teuer. Europas Gasspeicher sind kurz vor Beginn der Heizsaison so leer wie schon lange nicht. Und beinahe täglich klettern die Preise für Elektrizität und Erdgas an den Börsen auf neue Rekordwerte. Gas ist heute drei mal so teuer als zu Jahresbeginn. Und wer im Großhandel Strom kaufen will, muss mehr als das Doppelte zahlen als vor wenigen Monaten.“*

Auf der irischen Insel – üblicherweise ein Stromexporteur – warnen die Netzbetreiber EirGrid (Republik Irland) und SONI (Nordirland) die Kunden, dass „keine Reserven“ mehr existierten; „falls irgendetwas schief läuft“, werde es großflächige Stromausfälle geben. Der Moyle Interconnector, der dazu da ist, Strom von der irischen Insel nach Schottland zu übertragen, wurde abgeschaltet, um Stromexporte zu verhindern. Im August hatten irische Zeitungen berichtet, dass im Juli zeitweilig bis zu 25 Prozent des benötigten Stroms in Irland vom einzigen Kohlekraftwerk, Moneypoint, produziert wurde. Die Regierung hat im Frühjahr beschlossen, dieses in den nächsten Jahren abzuschalten, um ihre Klimaziele zu erreichen.

In Spanien, das im letzten Jahr sieben seiner 15 Kohlekraftwerke stillgelegt hat, gibt es seit Monaten Demonstrationen gegen hohe Strompreise. In der galizischen Stadt Vigo nahm die Polizei einen 54-Jährigen fest, der die Scheiben der örtlichen Filiale des Energieversorgers *Naturgy* mit Steinen eingeworfen hatte. Der Mann gab Presseberichten zufolge bei der Polizei an, er habe sich „nicht mehr im Zaum halten können“, nachdem er seine Stromrechnung erhalten hatte.

## **Die Energieversorger in den Bankrott treiben**

Spaniens Regierung, an der auch die marxistische Partei *Podemos* beteiligt ist, hat diesen Monat angekündigt, die Stromsteuer von 5,1 auf 0,5 Prozent zu senken. Zudem will sie Energieversorger stärker besteuern und hat Höchstpreise für den Erdgaspreis festgelegt, den die Endverbraucher zu zahlen haben. Mit anderen Worten: Sie will die Energieversorger in den Bankrott treiben.

In Großbritannien berichtet die Tageszeitung *The Guardian*:

*„Rekordenergiepreise haben zwei Düngemittelfabriken im Norden Englands zur Schließung gezwungen und Stahlwerke zum Stillstand gebracht.“*

Das Blatt nennt dies eines der „deutlichsten Anzeichen dafür, dass die Energiekrise in Europa der wirtschaftlichen Erholung einen Schlag versetzen könnte“. Weiter heißt es:

*„Der US-Düngemittelhersteller CF Industries hat die Produktion in seinen Werken in Billingham in Teesside und Ince in Cheshire, in denen rund 600 Arbeiter beschäftigt sind, wegen sprunghaft gestiegener Gaspreise, die in den letzten Wochen in ganz Europa sukzessive Rekordhöhen erreichten, eingestellt. Goldman Sachs, ein großer Rohstoffhändler, warnte davor, dass die Schwerindustrie in ganz Europa in diesem Winter von Stromausfällen bedroht sei, insbesondere wenn es bis 2022 in ganz Europa und in Asien Frost gebe. Die Warnung kam, als UK Steel, der Handelsverband der Branche, sagte, die Stahlhersteller seien aufgrund der Marktpreise für Strom bereits gezwungen, ihre Arbeit während der Spitzenzeiten des Strombedarfs zu unterbrechen. Der Energiepreisschock führte zu Rufen an die britischen Minister, dringend Maßnahmen zum Schutz von Haushalten und Unternehmen zu ergreifen, während Regierungen in ganz Europa Rettungsabkommen vorantreiben, um den Energieverbrauchern zu helfen, den kommenden Winter zu überstehen.“*

## **Potemkinsche Dörfer aus Windrädern**

In Norwegen hat der Düngemittelkonzern Yara ebenfalls eine Fabrik schließen müssen, weil der Erdgaspreis zu hoch ist. Der britische Verband der Fleischindustrie warnt, dass es infolge der geschlossenen Düngemittelfabriken nicht mehr genug CO<sub>2</sub> gebe. Dieses ist ein Nebenprodukt der Erdgasaufspaltung in den Düngemittelfabriken und wird u.a. für das Betäuben von Tieren vor der Schlachtung benötigt. Nun drohen Engpässe auch beim Fleisch.

In einem „Erklärungstext“ für die Bevölkerung erklärt die britische Regierung, was aus ihrer Sicht die Ursachen der Bredouille sind. Da ist davon die Rede, dass die Weltwirtschaft und insbesondere Asien im Zuge der „Wiedereröffnung nach dem Lockdown“ mehr Gas verbrauche, weswegen es für die Briten weniger davon gebe. Dann sei auch noch der Winter kalt gewesen. Und schließlich sei in letzter Zeit wiederum das „Wetter“ ungünstig gewesen. Wieso, ist auf der Insel schon wieder Winter? Es wird nicht erklärt. Gemeint ist wohl etwas, das nicht gesagt werden soll: Der Wind hat in letzter Zeit nicht mitgespielt. Weil der Wind nicht wie verlangt wehte, muss der Strom anderweitig erzeugt werden. Der britische Strommix am 18. September 2021, 21 Uhr: Atom 16,9%, Erdgas 48,6%, Kohle 1,7%, Wind 14,1%, Solar 0,0%, Wasserkraft 0,5%, Import 11,1%, Speicher 1,0%, andere 0,5%.

Nun führt eine Flaute am Windmarkt zwangsläufig zu explodierenden

Erdgaspreisen – zumal nicht nur Großbritannien auf Erdgas als primären Energieträger angewiesen ist, sondern alle Staaten der Welt, die den Weg der „Erneuerbaren Energien“ beschreiten und Potemkinsche Dörfer aus Windrädern errichten.

Ein gutes Beispiel dafür ist – neben Deutschland – der US-Bundesstaat Kalifornien, der sich als Staat präsentiert, der „die Nation auf dem Weg in die Zukunft 100 Prozent sauberer Energie“ anführe. Die Wahrheit ist, dass Kalifornien der größte Stromimporteur der Vereinigten Staaten ist. Woher kommt der importierte Strom? Vorwiegend aus dem Intermountain Power Plant, einem Kohlekraftwerk in Utah. Gleichzeitig sperren sich Kalifornien und die beiden anderen demokratisch regierten Staaten der Westküste – Oregon und Washington State – gegen den Bau eines Terminals, mit dem Kohle aus dem Powder River Basin in Montana und Wyoming nach Asien verschifft werden könnte. Die Folge: Die Kohlearbeiter im Powder River Basin verlieren ihre Jobs. Wie Hillary Clinton 2016 angekündigt hat: „Wir werden noch viele Kohlearbeiter arbeitslos machen.“

## **Es fehlt an Kohle**

Weil auf den Wind nur ein wenig mehr Verlass ist als auf Politikerversprechen, muss der verlässliche Strom, den früher Kern- und Kohlekraftwerke lieferten, durch das Verbrennen von Erdgas erzeugt werden. Und das ist eben ein knappes – und teures – Gut.

Am 30. Juni hatte die britische Regierung verkündet, dass der „Kohle-Exit“ um ein Jahr auf Oktober 2024 vorgezogen worden sei. Energie- und Klimawandelministerin Anne-Marie Trevelyan erklärte:

*„Heute senden wir weltweit ein klares Signal, dass Großbritannien dabei ist, Kohlestrom den Geschichtsbüchern zu übergeben und dass wir es ernst meinen mit der Dekarbonisierung unseres Stromsystems, damit wir unsere ehrgeizigen, weltweit führenden Klimaziele erreichen können. Großbritanniens Netto-Null-Zukunft wird von erneuerbaren Energien angetrieben, und es ist diese Technologie, die die grüne industrielle Revolution vorantreiben und im ganzen Land neue Arbeitsplätze schaffen wird.“*

Nun heißt es: Kommando zurück. Den verbliebenen Kohlekraftwerken würden „riesige Summen“ gezahlt, „damit die Lichter an bleiben“, schreibt der *Guardian*.

In Großbritannien sind mittlerweile zahlreiche Stromhändler bankrott, weil die aktuellen Großhandelspreise, die sie zu zahlen haben, weit über der von der Regierung im Januar 2019 für die Endverbraucher festgelegten Obergrenze liegt. Nun versucht die interventionistische Regierung, die noch nicht bankrotten Versorger dazu zu bewegen, hunderttausende neuer Kunden aufzunehmen. „Leider verspüren kleine Versorger den Druck plötzlich gestiegener Gaspreise“, twitterte Wirtschaftsminister Kwasi Kwarteng am 19. September; notfalls werde die Regierung gemeinsam mit

dem Netzbetreiber einen „Sonderverwalter“ einsetzen, damit alle Briten weiter mit Strom beliefert würden.

Weitere Meldungen zur Lage:

- Amos Hochstein, der Energiesicherheitsbeauftragte des US State Department, sorgt sich, dass Europas Erdgasbestände vor der beginnenden Heizsaison zu niedrig seien. „Wenn der Winter kalt wird, reichen sie nicht aus.“ Sollte diese Sorge nicht eher die deutsche Bundesregierung umtreiben?
- Italiens Strompreise werden demnächst um 40 Prozent erhöht. „Im letzten Quartal sind die Strompreise um 20 Prozent gestiegen, im nächsten werden sie um 40 Prozent steigen“, sagte Roberto Cingolani, Italiens Minister für ökologischen Übergang, auf einer Gewerkschaftskonferenz. „Es muss gesagt werden. Wir müssen uns dem stellen. Das passiert, weil der Gaspreis international steigt und weil der CO2-Preis steigt.“
- Javier Blas, der Energiekorrespondent der Nachrichtenagentur Bloomberg News, twittert: Rechne man den aktuellen Erdgaspreis gemäß einer an den Märkten üblichen Umrechnungsformel in einen Preis pro Barrel Erdöl um, so erhalte man einen Preis von 150 US-Dollar pro Barrel – mehr als der bisherige Rekord im Jahr 2008.
- Die Preise für Kraftwerkskohle in Asien sind auf ein 13-Jahres-Hoch geklettert. Der Referenzwert von Newcastle, Australien, hat sich in diesem Jahr mehr als verdoppelt. „Wenn die Nachfrage anschwillt, aber es kein darauf reagierendes Angebot gibt, dann ist das das, was herauskommt“, sagt Andrew Cosgrove, Bergbauanalyst von Bloomberg Intelligence.
- Eine staatliche chinesische Zeitung warnt, dass die chinesischen Kraftwerke nicht in der Lage seien, genug Erdgas oder Kohle für den Winter zu kaufen. Es drohten Stromrationierungen.
- Laut dem Verband der Kohleimporteure (VdKI) ist die Kohleverstromung in Deutschland in der ersten Jahreshälfte gegenüber dem Vorjahr um 35,6 Prozent gestiegen. Als Gründe nannte der Verband kaltes Wetter und weniger Wind.
- Ein niederländisches Gericht hat im Juni ein Urteil gefällt, wonach der Öl- und Gaskonzern Royal Dutch/Shell die „Menschenrechte“ verletze, weil er zum „Klimawandel“ beitrage. Das Unternehmen müsse seine „Emissionen“ schneller senken, so das Gericht. Um Europas Energie- und Strompreiskrise zu verschärfen, hatten die Niederlande schon 2019 beschlossen, die Gasproduktion bis 2030 zu beenden. Die Niederlande sind Europas größter Gasförderer und liefern rund ein Drittel des in Deutschland verbrauchten Erdgases.
- In den Vorstand des Energiekonzerns Exxon-Mobil wurden im Frühjahr drei Aktivisten des Öko-Hedgefonds Engine No. 1 gewählt, obwohl dieser nur 0,02 Prozent der Aktien hält. Engine No. 1 will, dass Exxon-Mobil den Klimawandel ins Zentrum seiner unternehmerischen Entscheidungen stellt.
- In Australien hat ein Gericht im Mai geurteilt, dass die Regierung beim Genehmigungsverfahren für die Erweiterung einer Kohlemine ihre

„Verpflichtung gegenüber den Kindern“ berücksichtigen müsse, denen durch den „Klimawandel“ „Schaden zugefügt“ werde.

- Der Europäische Gerichtshof hat Polen verurteilt, eine Strafe von 500.000 Euro für jeden Tag zu zahlen, an dem der Braunkohletagebau Turow im polnisch-deutsch-tschechischen Grenzgebiet weiterbetrieben wird. Die Lizenz für den Tagebau sei 2020 „ohne erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfungen“ verlängert worden. Die polnischen Energieversorger werden die Strompreise im nächsten Jahr voraussichtlich um 40 Prozent anheben müssen. Polens Regierung plant ein Gesetz, das die Versorger verpflichtet, auf der Stromrechnung anzugeben, wie groß der Anteil am Strompreis ist, der durch die Strompolitik der EU verursacht ist.
- In Griechenland plant die Regierung, die Strom- und Gaspreise der Bürger durch Subventionen zu senken. „Es gibt eine internationale Energiekrise“, sagte Energieminister Kostas Skrekas. „Unsere Regierung hat entschieden, jene zu unterstützen, deren Rechnungen sich erhöhen.“ Weil Griechenland von Transferzahlungen der EU abhängt, führt das zu der interessanten Situation, dass Verbraucher in Deutschland immer höhere Steuern für Energie bezahlen, damit diese in Griechenland billiger wird.

## **Kapitalmärkte im Bann des ESG-Regimes**

Man kann für die aktuelle Energiekrise in Europa auf viele Einzelereignisse verweisen, die die Situation verschärfen. Kraftwerke sind mancherorts wegen Wartungsarbeiten außer Betrieb, das Stromkabel zwischen Frankreich und England wurde von einem Feuer beschädigt und der russische Staatskonzern Gazprom liefert weniger Erdgas, um auf Deutschland Druck auszuüben, die Nord-Stream-2-Pipeline schneller in Betrieb zu nehmen. Das sind aber alles Details. Das große Bild ist, dass die Politik mutwillig die Energieversorgung sabotiert hat. Kohle- und Kernkraftwerke wurden abgeschaltet. Verflüssigtes Erdgas (LNG) aus den USA zu beziehen, war für die europäische Politik nie ein Thema. LNG wird über langfristige Verträge verkauft und Europa hat keine abgeschlossen, weil es sich auf Russland verlässt. Darum ist der Kontinent nun, wenn der Wind nicht weht, nicht mehr nur beim Heizen auf Russland angewiesen (das war schon immer so), sondern auch bei der Stromerzeugung.

Kohle ist, in Ermangelung von Kernkraftwerken, der einzige Garant für eine sichere Stromversorgung in Europa. Doch vor allem gegen sie wird ein weltweiter Krieg geführt. Konzerne unterwerfen sich dem Diktat des ESG, zu Deutsch: Umwelt, Soziales und Unternehmensführung. ESG hat nicht viel mit „Sozialem“ zu tun, es steht im Wesentlichen für die Dämonisierung der Energieträger Kohle, Öl und Gas. Wenn Bergbaukonzerne ihre Quartalsergebnisse veröffentlichen, ist ESG mittlerweile ein Hauptthema. Wer nicht genug ESG-Punkte sammelt, wird bestraft. So weigern sich etwa viele Versicherer, Geschäfte mit Konzernen zu machen, die etwas mit Kraftwerkskohle oder der Gewinnung von Öl aus Teersand zu tun haben.

Die großen Bergbaukonzerne BHP, Rio Tinto und Anglo American steigen darum aus der Kohleförderung aus oder haben das bereits getan. Joe Kraft, der Vorstandsvorsitzende des amerikanischen Energiekonzerns Alliance Resource Partners, sagte im Juli bei der Vorstellung der Quartalsergebnisse, dass sein Unternehmen wegen seiner Kohleförderung doppelt so hohe Zinsen zahlen müsse wie vergleichbare Firmen, nämlich derzeit neun Prozent. Der Vertrieb des letzten Anlagezertifikats, mit dem Anleger auf einen Korb von Kohleaktien setzen konnte – der VanEck Vectors Coal ETF – wurde im Dezember 2020 eingestellt. Der Finanzdienstleister fürchtete wohl um seinen Ruf.

Auf der anderen Seite planen China, Indien, Indonesien, Vietnam und Japan den Bau von 600 neuen Kohlekraftwerken. In China wurde 2019 eine 1.800 Kilometer lange Eisenbahnstrecke eingeweiht, die rund 25 Milliarden Euro gekostet hat und einzig dazu da ist, Kohle aus der Inneren Mongolei in Chinas südliche Provinzen zu bringen.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

---

## **BP Statistic 2020: Grundlegende Zahlen zur Energieversorgung ..und wie sich das auf Deutschland auswirkt**

geschrieben von Admin | 26. September 2021

von Michael Limburg

Rolf Schuster von Vernunftkraft präsentiert in diesem Video nüchterne Zahlen zur Energieversorgung. Seine Quelle ist die BP Statistik von 2020, ein weltweit akzeptiertes Standardwerk über den wahren Stand der Energieversorgung. In diesem kurzen Video stellt er, die von Politikern wie Jürgen Trittin, aber nicht auf diesen beschränkt, gemachten Versprechungen vor und stellt sie der Realität gegenüber.

Der Unterschied – zu unser aller Schaden – könnte nicht größer sein.

Video von Rolf Schuster Vernunftkraft Hessen zum BP Bericht und sein Vergleich mit der Situation in Deutschland

Ein Kenner der Versorger und Netzbetreiberszene schrieb uns kürzlich dazu..

*So wie ich die ÜNB und ihre inzwischen exzellenten Fähigkeiten im Umgang mit anspruchsvollen, ja immer häufiger äußerst gefährlichen Versorgungssituationen einschätze, wird es auch in nächster Zeit nicht zu einem großflächigen Blackout kommen, sondern lediglich zu gezielten flächigen Brownout-Abschaltungen im Rahmen der inzwischen perfekt organisierten und operativ beherrschten Abschaltkaskade des 5-Stufen-Notfallplans.*

*Da die Nutzung dieses Zwangsmechanismus nach §13.2 EnWG allerdings eine unvermeidbare Notmaßnahme ist, werden die Netzbetreiber für alle dadurch verursachten Schäden auch nicht zur Verantwortung gezogen, da sie – und das ist Konsens auch bei der Bundesnetzagentur – nicht für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in dem Sinne, dass zu jeder Zeit genügend Strom für jeden Stromverbraucher bereitgestellt wird, verantwortlich sind. Sie haben daher auch keinen wirtschaftlichen ‚Leidensdruck‘, dieses Instrument im Notfall ohne zu zögern anzuwenden. Denn ihre Aufgabe ist lediglich die Aufrechterhaltung der Systemsicherheit, d.h. sie müssen das System vor dem Zusammenbruch schützen und das werden sie gnadenlos durch Abschaltung von Verbrauchern tun, so lange bis die Systembilanz wieder im Gleichgewicht ist.*

*Für die Versorgungssicherheit im o.g. Sinne ist nach dem Unbundling von Netz und Stromerzeugung der Markt verantwortlich, d.h. im Klartext: NIEMAND !!!*

Bleibt meiner Meinung nach zu ergänzen, dass auch die Herstellung von spontanen Brownouts, die Netzstabilität massiv zusätzlich gefährden und daher auch die Vorstufe für einen flächendeckenden Blackout sein können.

Rolf Schusters Vortragsfolien finden Sie hier [BP Statistic 2020\\_Teill\\_Twh\\_K](#), die ebenfalls sehr aufschlussreiche monatliche Auswertungen der Strombörse finden Sie unter <https://www.vernunftkraft.de/daten-zu...>

---

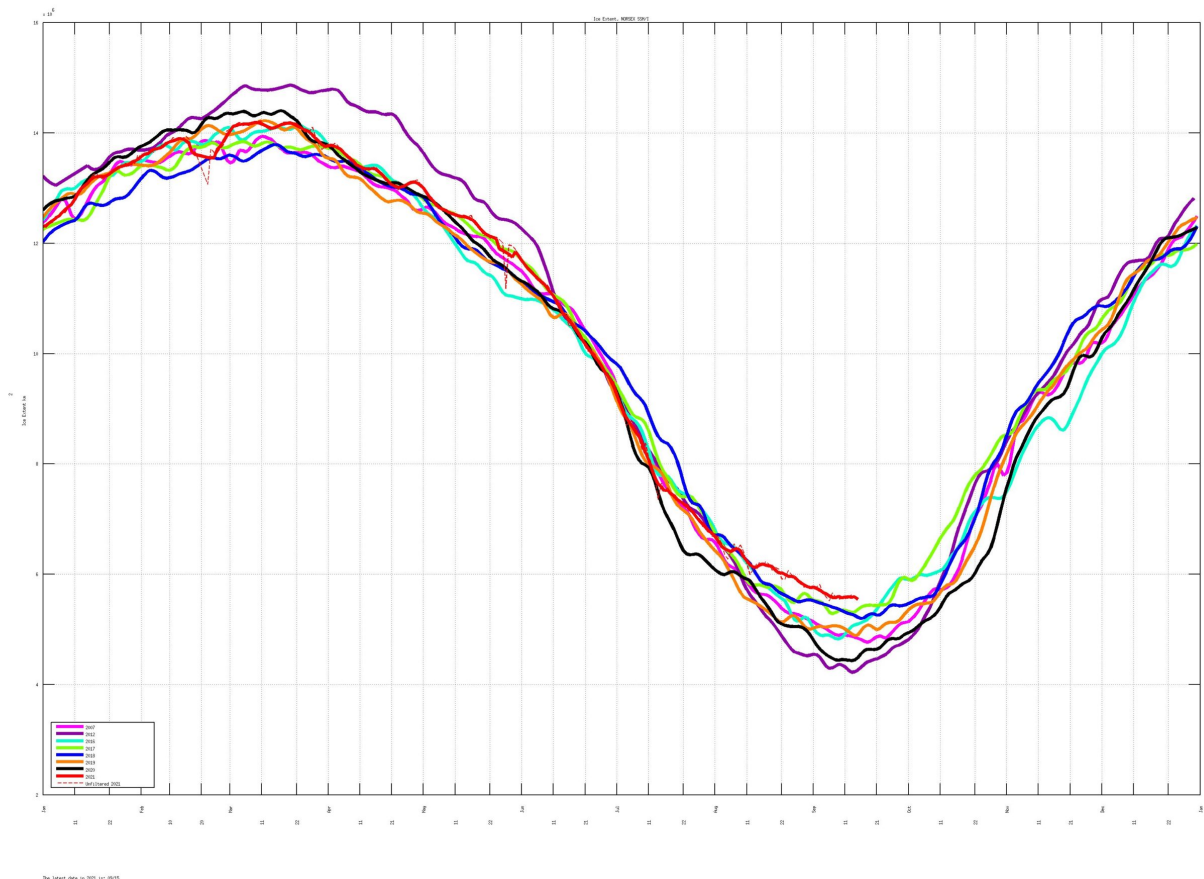
## **Kleiner Positivrekord beim arktischen Meereis**

geschrieben von Admin | 26. September 2021

Von Georg Etscheid

**Man könnte in diesem Jahr beim Meereis in der Arktis sehr wohl von einem kleinen Positivrekord sprechen, doch in den Altmedien herrscht dröhnendes Schweigen oder weiter Weltuntergang wie üblich.**

Vor wenigen Tagen veröffentlichte die Greenpeace-Pressestelle in Hamburg folgenden Kommentar zum aktuellen „Meereisminimum in der Arktis“: Die Meereisdecke im Arktischen Ozean habe am 12. September ihr jährliches, sommerliches Minimum erreicht. Die verbleibende Eisdecke sei „nur noch 4,81 Millionen Quadratkilometer groß“. Im Weiteren wurde Greenpeace-Meeresbiologin Sandra Schöttner mit folgendem markigen Kommentar zitiert: „Es ist unfassbar, wie massiv die Zerstörung unseres Planeten durch die Klimakrise voranschreitet“. Laut „führenden Wissenschaftler:innen“ könne das Meereis im Arktischen Ozean schon bis 2035 völlig verschwunden sein, „mit drastischen Folgen für das dortige Ökosystem und weit darüber hinaus“.



Die jahreszeitlich bedingte minimale Eisausdehnung in der Arktis ist jetzt, um Mitte September. Abgesehen von der Aussage Al Gores aus dem Jahre 2007, wonach die Arktis „spätestens im Jahre 2013 eisfrei sein sollte“, zeigt sich, dass die Eisausdehnung in diesem Jahr zum Zeitpunkt der jahreszeitlich geringsten Ausdehnung die höchste seit mindestens acht Jahren um diese Zeit ist.

Wenn man diese Zeilen liest, fragt man sich, ob Frau Schöttner auf einem anderen Planeten lebt. Denn in diesem Jahr wurde mitnichten, wie die Mitteilung suggeriert, ein neuer Schrumpfrekord des Meereises der Arktis registriert – im Gegenteil. Auf der Internetseite des „Meereisportals“ (meereisportal.de), verantwortet vom Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung und der Universität Bremen, schlängelt sich die dicke rote Linie, die die von Satelliten gemessene Eisausdehnung des laufenden Jahres anzeigt mit deutlichem Abstand über allen dort aufgeführten bunten Linien der letzten Jahre. Demnach zählt 2021 zu den drei Jahren dieser Dekade mit der größten Ausdehnung des Meereises.

Man könnte also sehr wohl von einem kleinen Positivrekord sprechen, doch in den Altmedien herrscht dröhnendes Schweigen. Noch vergangenes Jahr wurde lang und breit vom zweitschlechtesten Jahr für das arktische Meereis seit Beginn der Satellitenmessungen gesprochen. Dass sich das Eis in diesem Jahr mit einer Gesamtfläche zwischen 4,7 und 4,9 Millionen Quadratkilometern zur Zeit des sommerlichen Minimums erstaunlich stabil zeigte, war den Medien keine Zeile wert. 2012 übrigens wurde das bisherige Allzeit-Minimum des Meereises registriert und breit skandalisiert. Damals lag der Wert bei 3,6 Millionen Quadratkilometern, mehr als eine Millionen Quadratkilometer weniger als in diesem Jahr.

Immer wieder wurde eine im Sommer eisfreie Arktis vorhergesagt

Das Narrativ vom angeblich unaufhaltsam, schwindenden „ewigen Eis“ am Nordpol gehört zu den schlagkräftigsten Mythen der Klimakirche. Immer wieder wurde eine im Sommer eisfreie Arktis vorhergesagt. Der frühere US-Vizepräsident und Klimaaktivist Al Gore meinte bei der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen sogar, die Arktis werde schon „in fünf Jahren“, also 2014 eisfrei sein. Und 2007 sagte der renommierte Polarforscher P. Wadhams von der Cambridge University, das arktische Eis befinde sich „in einer Todesspirale“. 2014 terminierte er das völlige Verschwinden des sommerlichen Meereises am Nordpol auf das Jahr 2020.

Dass das sommerliche Polareis während der letzten vier Jahrzehnte um etwa 40 Prozent geschrumpft ist, ist eine Tatsache. Doch von einem völligen Abschmelzen kann zurzeit keine Rede sein. Zumindest wurde die natürliche Variabilität der Eisbedeckung des arktischen Ozeans wohl stark unterschätzt.

Auch in der Pressemitteilung des Alfred-Wegener-Instituts werden die eigentlich guten Nachrichten vom Nordpol unter der Überschrift „Negativtrend hält an“ wie gehabt zum desaströsen Ereignis umgedeutet. Mit 4,81 Millionen Quadratkilometern reihe sich das Jahr 2021 „auf Platz zwölf der Negativliste absoluter Werte ein“. Die Meereisbedeckung sei eines der stärksten Anzeichen für den Klimawandel, heißt es. „Von einer Erholung des arktischen Meereises kann trotz dieses vergleichsweise moderaten Eisrückgangs keine Rede sein“, wird Christian Haas, Leiter der Sektion Meereisphysik am AWI zitiert.

Er verwies zudem darauf, dass die Eismächtigkeit abnehme und die Meereiskonzentration in zwei Regionen, der Wandelsee im Nordosten Grönlands und der Beaufortsee außerordentlich gering sei. In der Mitteilung des National Snow and Ice Data Center aus den USA wird der gute Wert dieses Jahres ebenfalls mit Blick auf die geringe Eisdicke in manchen Regionen relativiert und lediglich als Folge eines „kühlen und stürmischen Sommers“ klassifiziert.

Düstere Vorhersagen der vergangenen Jahrzehnte nicht eingetroffen

Im Juli übriges hatte das Magazin Focus für das laufende Jahr noch von einem „tragischen Trend“ gesprochen. Zu Beginn des Monats Juli sei die Meereisausdehnung so gering gewesen „wie zu keinem Julistart zuvor“. In den kommenden Wochen könnten „mehrere Faktoren zu einem weiteren Abschmelzen führen“. Dabei wurde im Alarmmodus auch von sehr warmen Temperaturen in Teilen Sibiriens gesprochen.

Es soll hier nicht darum gehen, Tatsachen wie die seit einigen Jahrzehnten zu beobachtende Abnahme des arktischen Meereises in Abrede zu stellen. Wahr ist freilich auch, dass viele düstere Vorhersagen der vergangenen Jahrzehnte von einem alsbald eisfreien Nordpol nicht eingetroffen sind und der zu erwartende Zeitpunkt für ein solches Ereignis immer wieder hinausgeschoben wurde. Dass das Eis „immer schneller“ schmilzt, wie der World Wide Fund for Nature (WWF) prophezeit, scheint jedenfalls nicht zuzutreffen.

Aber einsam auf den letzten Eisschollen treibende Eisbärenbabys sind ein Szenario, auf das insbesondere Ökokonzerne wie Greenpeace nicht verzichten wollen, wenn es darum geht, den Geldbeutel potentieller Spender zu öffnen.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier